

Frauenquoten für Unternehmen

Was bürgerliche Frauen zur Frauenquote sagen

Nadine Jürgensen 30.9.2014,



Bürgerliche Frauen möchten eine stärkere Vertretung der Frauen in Verwaltungsräten, tun sich aber schwer mit verbindlichen Frauenquoten. (Bild: Keystone)

Mit staatlichem Zwang Frauen in die Verwaltungsräte zu hieven, lässt Liberale erschauern. Was aber, wenn man bürgerlich denkt und eine Frau ist?

Frauen sind in der Chefetage untervertreten. Deshalb soll neu mindestens eine Frau dem Verwaltungsrat angehören, trägt Economiesuisse seinen Mitgliedern auf (NZZ 30. 9. 14). Diese Mini-Frauenquote ist selbstverständlich freiwillig, dennoch ist sie eine Aufforderung an die Unternehmen, tätig zu werden: In rund 60 Prozent der kotierten Gesellschaften in der Schweiz sitzt keine Frau im Verwaltungsrat.

Die Forderung nach einer Frauenquote wird immer wieder aufs politische Parkett gespült. Jüngst ist auch bekanntgeworden, dass SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine Quote in der anstehenden Aktienrechtsrevision plant. Konkretes ist erst im November zu erwarten, jedoch kursieren Gerüchte, dass alle börsenkotierten Firmen nach einer längeren Übergangsfrist im Verwaltungsrat einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent ausweisen müssen.

Lieber eine Quotenfrau . . . ?

Für Babette Sigg, Präsidentin der CVP-Frauen, ist die Frage ob Quote Ja oder Nein, nicht leicht zu beantworten. Die CVP-Frauen konnten sich bis jetzt nicht auf eine gemeinsame Position einigen. «Wir winden uns.» Viele Frauen, gerade aus dem bürgerlichen Lager, trügen zwei Herzen in ihrer Brust.

Grundsätzlich, so sagt Sigg, sei es natürlich «phantastisch», wenn es mehr Frauen auf der Führungsebene geben würde, weil Frauen eine andere Sicht hätten und es auch bewiesen sei, dass sich deren Arbeit befruchtend auf die Unternehmen auswirke. Leider aber würden viele Frauen nach wie vor nicht einmal in die engere Auswahl kommen, wenn es um die Neubesetzung eines Verwaltungsratspostens gehe. Sie verstehe deshalb, wenn Frauen sagten, sie seien lieber eine Quotenfrau, statt gar nie die Chance zu bekommen und übergangen zu werden. Die Mini-Quote von Economiesuisse findet Babette Sigg begrüßenswert. Es sei gut, wenn die Unternehmen selber auf die Idee kämen, Frauen einzustellen. Eine Quote von 30 Prozent beurteilt Sigg allerdings als zu hoch. Sie zweifelt daran, ob sich überhaupt so viele qualifizierte Verwaltungsrätinnen finden lassen.

. . . oder braucht es das nicht?

Die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Carmen Walker Späh, begrüsst die neue Aufforderung von Economiesuisse an die Unternehmen ebenso. Staatlich festgelegte Frauenquoten für die Privatwirtschaft lehnen die FDP-Frauen aber ab. Seit 2012 machen die freisinnigen Frauen mit ihrer Kampagne «Nicht mehr oben ohne», unter anderem mit Generalsekretärin Claudine Esseiva, auf ihre Forderung nach mehr Frauen auf den oberen Etagen aufmerksam. Statt Quoten stellen sich die FDP-Frauen andere Lösungen vor. Man müsse bei der Ausbildung der Mädchen und Knaben in der Schule anfangen, aber auch die familienexterne Betreuung ermöglichen, ebenso wie Tagesschulen und Teilzeitstellen anbieten, damit Frauen am Erwerbsleben teilnehmen könnten. Denn, so sagt auch Walker Späh, es sei auf der Ebene der Geschäftsführung in gewissen technischen Branchen tatsächlich nicht möglich, genügend qualifizierte Frauen zu rekrutieren. Anders beurteilt sie das Potenzial hingegen für Verwaltungsrätinnen: Hier gebe es durchaus genügend topausgebildete Frauen, die strategische Entscheidungen fällen könnten. Zudem sei dies meistens kein 100-Prozent-Job. Es komme zwar vor, dass Frauen trotz guter Qualifikation übergangen würden, so Walker Späh. Trotzdem: «Keine Frau muss eine Quotenfrau sein», sagt sie, sofern die Wirtschaft nun einsehe, dass Handlungsbedarf bestehe, besonders auch nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.